

SYSTEMRELEVANT 160

IMK-Direktor Sebastian Dullien und Tom Krebs (Uni Mannheim) erläutern die Vor- und Nachteile des Brückenstrompreises.

Marco Herack:

Heute ist Montag, der 25. September 2023. Willkommen zur 160. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans-Böckler-Stiftung. Und Tom Krebs, hallo.

Tom Krebs:

Ja, hallo Marco, ich freue mich, dabei zu sein.

Marco Herack:

Du bist Professor für Makroökonomik an der Universität Mannheim. Senior Fellow am IMK und Mitglieder der Mindestlohnkommission. Ja, und für euch wie immer vorweg der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielweise auf Twitter antickern, @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr Twitter nutzt, und dort gerne diskutiert, dann findet ihr Sebastian als @sdullien, also Sebastian Dullien. Und Tom Krebs unter @tom_krebs. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute mit dem Brückenstrompreis befassen. Und bevor ihr mir das nun erklärt, was das überhaupt ist und welche Brücken da bestromt werden, würde ich noch kurz auf den konjunkturellen Kontext verweisen wollen, in dem die Idee, wie auch dieser Podcast stattfindet, denn wir befinden uns in einer Zeit, nicht nur hoher Strompreise, sondern vor allem schwer kalkulierbarer Strompreise. Das liegt zum einen an dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, aber auch an dem generellen Wandel unserer Wirtschaft hin zur Elektrifizierung. Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft stehen da vor einem, ich würde mal sagen, nicht ganz so kleinem Problem: fehlende Planbarkeit. Sebastian, habe ich das so richtig umrandet?

Sebastian Dullien:

Ja, ich glaube, dass hast du sehr richtig umrandet. Das Problem ist natürlich verstärkt durch diesen russischen Angriffskrieg. Also ich meine, eine Sache ist ohnehin schon seit ein paar Jahren bekannt, dass wir ja dekarbonisieren wollen. Und das heißt vor allem auch, die Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umstellen wollen. Bisher ist aber, oder sagen wir, bis zu diesem Angriffskrieg vor anderthalb Jahren, zu Beginn davon ist immer gesagt worden, wir nehmen Gas als Brückentechnologie. Und dann hätte man eben die Spitzen beim Bedarf mit relativ günstig produziertem Gasstrom abdecken können. Und das ist jetzt nicht mehr so möglich, weil eben Gas unsicher

und teuer geworden ist. Und mit dieser neuen Situation ist es eben nicht nur unsicher geworden, wie teuer jetzt Strom sein wird in der Zukunft, sondern es ist, glaub ich, auch vielen Unternehmen klar geworden, wie unsicher ist das. Und vorher haben sie noch immer so gedacht, das läuft schon so durch und das ist denen jetzt sehr, sehr bewusst geworden. Und das ist natürlich ein Problem, weil diese Unsicherheit einfach dazu führt, dass viele Unternehmen, aber vielleicht auch Privathaushalte, ihre Investitionen aufschieben. Also wenn du nicht weißt, ob der Strom in drei Jahren jetzt bei dir zu Hause vielleicht 20 oder 50 oder 60 Cent kostet und die Unternehmen auch nicht wissen, ob sie mit dem Strom von 8 Cent oder 20 Cent kalkulieren müssen, dann wissen sie halt nicht, ob sich eine Wärmepumpe lohnt, ob sich vielleicht die Umstellung von Stahlproduktion auf Strom ... dann wartet man lieber erst mal ab mit den Investitionen.

Marco Herack:

Tom, vielleicht mal ganz andersrum gefragt, ist denn die Energiekrise überhaupt schon vorbei, die letztes Jahr angefangen hat? Weil aktuell sind die Preise ja halbwegs niedrig, habe ich gesehen.

Tom Krebs:

Das ist ein wichtiger Punkt. Sie sind halbwegs niedrig. Aber sicherlich noch nicht da, wo sie vor der Krise waren und das ist ja auch wichtig. Und es gibt diese große Unsicherheit, die ja jetzt schon angesprochen wurde. Deswegen finde ich den Punkt auch, Marco, den du bei deiner Einleitung so ein bisschen gemacht hast und den Sebastian dann auch aufgegriffen hat, sehr wichtig. Die meisten von uns würden übereinstimmen, dass die Energiekrise in 2022 die deutsche Wirtschaft schon hart getroffen hat. Aber viele sagen jetzt so ein bisschen, 2023, ja, jetzt haben wir ein Rezessionsjahr. Aber alles, was danach kommt, das hat nichts mehr mit der Energiekrise zu tun. Und das halte ich wirklich für ein Argument, das zu kurz greift. Also die Energiekrise und die Auswirkungen der Energiekrise sind einfach noch nicht vorbei. Es interagiert mit der Transformation, die sowieso anstand, das stimmt. Aber es interagiert in dem Sinne, dass die Energiekrise aus den Gründen, die Sebastian gerade beschrieben hat, die Klimatransformation unheimlich beschleunigt hat. Und das heißt auch, der Transformationsdruck ist jetzt noch mal viel größer. Es ist am Ende vielleicht gut für den Klimaschutz, aber wenn wir nicht aufpassen und wenn die Politik nicht richtig oder angemessen reagiert, dann ist das nicht unbedingt gut für die Wirtschaft.

Das heißt, es besteht schon die Gefahr, dass die Energiekrise jetzt auch langfristig zu wirtschaftlichen Schäden führt. Um das zu vermeiden, dann muss es dann entsprechende wirtschaftliche Maßnahmen geben. Sicherlich brauchen wir, wenn wir jetzt also in ein Positivszenario kommen wollen, also wenn wir das Negativszenario einer wirtschaftlichen Stagnation für einige Jahre vermeiden wollen und in ein Positivszenario kommen wollen, dann bräuchten wir einen Wirtschaftsboom, starkes Wachstum, das ansetzt in 2024. Und das hauptsächlich getragen werden muss durch

Investitionen in die Klimatransformation. Das ist eigentlich schon fast die einzige Möglichkeit, oder ein wichtiges Element eines möglichen Wirtschaftsbooms in der Zukunft. Aber um diesen Boom, der dann getragen ist durch Klimainvestitionen, durch steigende Klimainvestitionen, wirklich anzuregen und einen wichtigen Impuls zu geben, muss die Politik die Rahmenbedingungen setzen. Und ein Teil dieser Rahmenbedingungen, eine wichtige Komponente ist dann ein kalkulierbarer Strompreis, der nicht zu hoch ist. Und das bedeutet eine Strompreisbremse, Verlängerung der Strompreisbremse perspektivisch bis 2030. Das ist dann der Vorschlag.

Ganz kurz noch mal vielleicht zum ökonomischen Argument. Einige sagen, na ja, so eine Strompreisbremse, und das können wir dann ja noch diskutieren, ist ja ein Eingriff in einen Markt. Warum brauchen wir das? Das Argument wäre wirklich, dass es auch zu starken Marktturbolenzen gekommen ist, im Strommarkt insbesondere, durch die Energiekrise. Und auch diese Turbulenzen, die Unsicherheit, gibt es immer noch im Strommarkt. Und die führt dazu, dass der aktuelle Marktpreis höher liegt als das, was wir langfristig erwarten können. Langfristig unter der Annahme, dass wir die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien erreichen. Aber das ist ja auch das, was wir uns vorgenommen haben. Und dann kann man Strompreise erwarten, die wesentlich unter dem liegen, was wir zurzeit sehen. Und das ist ein bisschen das Argument für den Staatseingriff.

Marco Herack:

Jetzt haben wir zwei Begriffe. Helft mir mal da kurz auf die Sprünge. Wir haben einmal den Begriff Brückenstrompreis und einmal den Begriff Strompreisbremse. Was von beiden ist denn jetzt das, worüber wir reden?

Sebastian Dullien:

Ja, ich würde sagen, das eine ist eine Unterform des anderen. Also fangen wir mal mit dem Brückenstrompreis an. Das beschreibt diese Idee, dass Strom absehbar in der Produktion wieder günstiger wird als das, was wir heute bezahlen müssen im Großhandel. Und über diese Zeit soll eine Brücke gebaut werden. Wenn wir wissen, dass der Strom künftig nur noch 7 Cent pro Kilowattstunde kostet, aber heute 10 oder 15 Cent, dann ist die Idee, dass man das ebenso deckelt, dass es schon heute nicht in diese hohen Kosten reinläuft. Und Strompreisbremse ist ja das, was im vergangenen Jahr schon beschlossen worden ist, wo eben ein bestimmter Verbrauch für Haushalte und Unternehmen zu einem günstigeren Preis abgegeben wird, um diese Ausschläge der Strompreise in der Energiekrise abzufedern. Und man kann diese Strompreisbremse, und da wird Tom wahrscheinlich gleich mehr zu erzählen, man kann die so gestalten, dass die im Grunde diese Idee des Brückenstrompreises umsetzt.

Habe ich das richtig gesagt, Tom? Oder würdest du da was hinzufügen?

Tom Krebs:

Alles richtig. Also vielleicht als Ergänzung, es wurde bisher also immer ein Brückenstrompreis diskutiert, manchmal wird auch Transformationsstrompreis genannt, und manchmal wird er Industriestrompreis genannt. Also bis jetzt dreht sich die Diskussion hauptsächlich um einen Brückenstrompreis für die Industrie. Und insbesondere für die energieintensiven Unternehmen, zur Einordnung, falls die Hörerinnen und Hörer jetzt das nicht immer die ganze Zeit verfolgen. Das ist also für eine Teilgruppe der Industrie. Was die Strompreisbremse ja ursprünglich hatte, dies ist ja eine Bremse für alle Unternehmen und auch für die privaten Haushalte, und was ich gerade hier in die Diskussion so geworfen habe, ist, dass wir diese Strompreisbremse, die jetzt wahrscheinlich jetzt noch mal bis Ende März 2024 verlängert wird, das ist auch eine Diskussion, die wir haben, sonst läuft sie bis zum Ende des Jahres aus. Das wird ziemlich sicher kommen.

Aber was ich mir vorstelle und andere jetzt, was jetzt aktuell diskutiert wird eventuell, eine Verlängerung dieser Strompreisbremse, aber einer modifizierten Version der Strompreisbremse bis perspektivisch 2030. Das wird natürlich immer evaluiert in Zwischenschritten. Und als Teil dieser Vernennung einer modifizierten Strompreisbremse gäbe es dann einen Industriestrompreis, also noch mal einen Preis für die Industrie oder die energieintensiven Unternehmen. Das wäre dann das Teilpaket. Wichtig aber immer, was Sebastian auch gesagt hat, es geht in der Logik nicht um eine Dauersubvention, sondern eine zeitlich begrenzte Förderung. Mit dem Argument, dass es immer noch krisenbedingte Unruhen im Strommarkt gibt, die die Risikoprämie und damit die Marktpreise nach oben steigen lassen, ansteigen lassen, über ihr langfristiges Gleichgewichtsniveau, das dann eben noch nicht erreicht ist. Um so eine modifizierte Strompreisbremse dann natürlich vorzuschlagen, muss man sich Gedanken machen, was können wir erwarten, wo langfristig die Strompreise in Deutschland sein werden. Und das ist dann so ein bisschen die Diskussion, die man führen muss, wenn man solche konkreten Vorschläge macht.

Marco Herack:

Jetzt will ich aber mal ein paar Zahlen hören. Also, wer kriegt welche Geschenke?

Sebastian Dullien:

Ich glaube, es geht hier auch gar nicht um Geschenke. Und das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Es wird ja immer gesagt, na, da ist diese Großindustrie, die haben doch sowieso Gewinne und jetzt kriegen die noch Sachen geschenkt. Darum geht es überhaupt nicht. Es geht nicht darum jetzt, hier dauerhaft den Strompreis unter das zu senken, was auch mittel- und langfristig zu erwarten ist. Sondern es geht wirklich darum, jetzt Planungssicherheit zu schaffen und Spitzen rauszunehmen. Und da eben auch einen Erwartungspfad, auch ein Erwartungsmanagement zu betreiben. Und wenn man jetzt fragt, wer soll da welche Preise bekommen, da haben wir beim IMK dazu nichts gemacht, aber es gibt eben diese Studie von Tom, die er im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung geschrieben hat und die vergangene Woche vorgestellt

worden ist. Und da stehen natürlich jetzt konkrete Preise und Vorschläge drin. Und vielleicht kann Tom da ein bisschen drüber reden?

Tom Krebs:

Ja, das kann ich tun. Also die Studienlage, wie ich sie dann zusammenfasse und auch diskutiere, ist schon so, dass man erwarten kann, dass langfristig die Strompreise, und das ist ganz wichtig, Nettopreise, ohne Abgaben, Steuern und ohne Netzentgelte, also die Börsenpreise wirklich, sich auf ein Niveau von 5 bis 8 Cent pro Kilowattstunde einpendeln. Das ist realistisch. Wie gesagt, unter der Annahme, dass die Marktturen abgeklingen sind. Und es auch wirklich mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien entsprechend klappen wird. Und, was ja auch der Plan der Bundesregierung ist, und manchmal sollte man die Bundesregierung auch beim Wort nehmen, schließlich natürlich auch, dass der Strommarkt funktioniert. Und das wird eventuell auch zusätzliche Reformen erfordern, die aber auch diskutiert werden. Also unter diesen Annahmen, in einem Szenario, das realistisch ist, kann man 5 bis 8 Cent pro Kilowattstunde erwarten. Zurzeit liegen wir darüber. Das ist also dann das Argument, dass der Staat die Brücke schlägt zu dieser besseren Zukunft. Gut, jetzt wurde ich gefragt nach konkreten Zahlen.

Der Vorschlag, den wir dann zurzeit diskutieren, den ich in einer Studie entwickelt habe, und der jetzt zurzeit auch, ich glaub, das kann man hier sagen, vom Deutschen Gewerkschaftsbund, mit Modifikation, vielleicht vertreten wird, ist einer, der sagt, einen garantierten Nettostrompreis von 10 Cent pro Kilowattstunde für alle Stromkunden, die über 30.000 Kilowattstunden Jahresverbrauch hat. Also für die etwas größeren. Das inkludiert dann schon, das schließt mit ein, die Bäckereien, den Mittelstand et cetera, aber nicht die privaten Haushalte. Für die privaten Haushalte würde ich dann auch noch entsprechend der Strompreisbremse einen Bruttostrompreis von 35 Cent ... aber bleiben wir mal bei diesen 10 Cent für alle Stromkunden. Und dann wird in dem Vorschlag gesagt, aber für die energieintensiven Unternehmen, die energieintensive Industrie, die auch eine besondere Rolle spielt in Deutschland, und da kann man dann noch drüber diskutieren, für diese 6 Cent pro Kilowattstunde. Das wäre also 6 Cent Nettostrompreis.

Das ist also im Bereich, was man langfristig dann erwarten kann. Und das ist das Argument. Und dann gibt es noch eine dritte Komponente, dass man sagt, zusätzliche Reduktion um 1 Cent pro Kilowattstunde, wenn die Unternehmen Tariflöhne zahlen. Das ist so eine Anleihe vom US-amerikanischen Inflation Reduction Act, aber das ist ja auch im Einklang mit den EU-Richtlinien. Die ja sagen, dass Deutschland eigentlich die Tarifbindung stärken müsste. Denn 80 Prozent ist so ein bisschen die Zielmarke, in Deutschland sind wir bei 50 Prozent. Das wäre eine Maßnahme. Das ist also der Vorschlag. Und ganz wichtig, es sollte über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds finanziert werden. Das sind dann die Zahlen.

Marco Herack:

Du hast bei der Modifikation zwei, also bei den 6 Cent Nettopreis für energieintensive Unternehmen, da gibt's noch eine Konditionierung, wenn ich das richtig verstehe. Und zwar so eine Art Transformationsverpflichtung. Und gleichzeitig noch eine Standort- und Beschäftigungsgarantie. Also das ist jetzt nicht so, dass die das dann einfach so kriegen, sondern sie müssten auch schon darüber hinausgehende Leistungen erbringen gegenüber der Gesellschaft?

Tom Krebs:

Auf alle Fälle. Also besondere Förderung gibt es häufig immer mit besonderen Konditionen, in diesem Fall, das hat der WSF nicht erwähnt, sicherlich für diese energieintensiven Unternehmen gäbe es dann diese 6 Cent pro Kilowattstunde nur mit einer Beschäftigungs- und Standortgarantie. Unter Vorlage eines schlüssigen Transformationsplanes. Ja. Das muss auf alle Fälle. Sagt aber noch nicht so ein bisschen aus, warum jetzt diese spezielle Förderung für die energieintensive Industrie. Also sie müssen sicherlich dann auch spezielle Anforderungen erfüllen. Aber man könnte natürlich immer noch sagen, na ja, warum kriegen die einen besseren Deal als die 10 Cent? Und da ist das Argument schon, dass die energieintensiven Unternehmen eine besonders wichtige Rolle spielen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Und auch eine Rolle spielen beim Klimaschutz. Und das würde ich so ein bisschen zusammenfassen, im Grunde unter drei Begriffen: Klimaschutz, Wohlstand und Resilienz. Also Klimaschutz, und das wird häufig immer vergessen, wenn die Produktion dieser energieintensiven Produkte, also so wie zum Beispiel Aluminium, ins Ausland abwandert, dann wandert die Produktion ab nach China oder Australien. Vielleicht auch Kanada, das wäre gut. Aber es wird einiges davon auch abwandern nach China oder Australien. Und dann würde kohlebasiert das Aluminium in China produziert. Also damit ist dem Klimaschutz sicherlich auch nicht geholfen, das wird manchmal vergessen. Viele von diesen Produkten würden wir zuerst klimafreundlich eigentlich nur in Deutschland, in Europa herstellen. Das zweite ist natürlich immer dieses wirtschaftliche Argument, dass sie eine besondere Rolle spielen.

Und da können wir jetzt viel diskutieren über Produktionsketten und dass diese energieintensiven Unternehmen Produkte ganz am Anfang der Produktionskette, der Wertschöpfungskette produzieren und wir könnten diskutieren für verschiedene ökonomische Effekte. Aber ich würde es vielleicht ganz anders zusammenfassen. Ein Fundament für Wohlstand in Deutschland war eigentlich immer eine starke industrielle Basis. Und das ist ja auch das erklärte Ziel der Bundesregierung, diese Basis zu erhalten in Deutschland und Europa. Und ich glaube, das ist eine etwas naive Vorstellung, zu denken, dass wir all diese energieintensiven Produkte einfach importieren können, ohne dass da ein wirtschaftlicher Mehrwert verlorengeht, an gesellschaftlicher vielleicht auch, aber sicherlich in wirtschaftlicher. Und ich denke, das ist den meisten Leuten, die sich etwas näher damit beschäftigen, auch klar. Insofern ist das wirklich das wirtschaftliche Argument. Und drittens natürlich die Resilienz.

Es wird in der Zukunft immer wieder globale Störungen geben. Und hier handelt es sich wirklich um kritische Vorprodukte, Aluminium zum Beispiel, in den Produktionsprozessen. Und wenn es dann zukünftig wieder globale Störungen gibt, im Angebot dieser kritischen Rohstoffe oder Grundstoffe, dann möchte man etwas unabhängig sein von diesen Angebotsschocks in Deutschland und Europa. Das ist ja auch das erklärte Ziel der Europäischen Kommission. Das schafft man wirklich nur, wenn ein gewisser Teil der Produktion wirklich in Deutschland beziehungsweise Europa stattfindet. Diese Idee der Diversifizierung, in Aluminium zum Beispiel, ist absurd. Warum? Weil es immer nur global einige wenige Anbieter gibt. Aber Diversifizierung heißt eigentlich immer, dass es ganz viele Anbieter geben sollte. Das wird es aber nicht geben bei vielen dieser Produkte. Das heißt, man wird immer abhängig sein von diesen globalen Störungen und Unabhängigkeit würde immer bedeuten, eine gewisse Produktion muss hier stattfinden.

Sebastian Dullien:

Ich würde gerne noch auf einen Punkt eingehen, den Tom gerade gesagt hat. Der, glaub ich, total wichtig ist. Also häufig in der Debatte hört man dann, ja, aber wir subventionieren dann jetzt hier die Industrien, aber die könnten doch viel besser dort stattfinden, wo die Energie günstig herzustellen ist. Und dann liest man, da war auch ein Gastbeitrag letztens, und da stand dann, ja, es könnte dann ja viel besser irgendwie im südlichen Afrika hergestellt werden. Und dann stand, vielleicht würde das ja auch da hergestellt werden, wenn wir es nicht mehr hier selber herstellen. Das halte ich für ziemlich naiv. Ich habe sehr viel Hochschulkooperationen auch mit dem globalen Süden gemacht. Wir waren auch viel in Afrika. Wir haben da auch Produktionsanlagen besichtigt, und es gibt schon einen Grund, dass bestimmte, auch energieintensive Produktionen eben bisher schon in Deutschland waren und nicht in Saudi-Arabien oder in den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo man eigentlich auch schon heute energieintensive Dinge leichter herstellen und billiger herstellen kann.

Und der Grund ist, dass mancher dieser Prozesse, die kriegt man einfach in diesen Ländern nicht vernünftig in den Griff. Die sind so komplex, dass die jenseits des Entwicklungsstandes dieser Länder sind. Und jetzt zu denken, dass, weil wir die Sachen bei uns nicht mehr herstellen, und die importieren, dass dann durch die unsichtbare Hand in den Ländern, wo erneuerbare Energien ganz besonders gut hergestellt werden, plötzlich diese Fabrikanlagen entstehen, das ist schon, glaub ich, sehr naiv. Und wesentlich realistischer ist, dass die Sachen dort hergestellt werden, wo die Umweltstandards niedriger sind, wo wir aber meinetwegen halbentwickelte Schwellenländer haben. Und da denk ich dann jetzt tatsächlich an China, die dann zum Teil diese Dinge auch noch sehr konventionell herstellen. Und wo ja auch noch sehr, sehr viele Kohle verfeuert wird und so weiter. Also die Idee, dass allein dadurch, dass wir es hier nicht mehr herstellen, dem Klimaschutz ein Gefallen getan wird, das ist total naiv. Im Gegenteil, also ich glaube, es ist viel besser, wenn man es hinkriegt, diese Prozesse hier im Inland zu dekarbonisieren, als dass man sie irgendwo in die Welt auslagert, wo man sie nicht mehr kontrollieren kann.

Marco Herack:

Gut, ich habe mal so ein paar Gegenargumente gesammelt. Und mein Lieblingsgegenargument ist natürlich auch aufgetaucht und das kann ich euch hier nicht ersparen, das ist natürlich auch eine harte Nuss zu knacken: Das ist alles Sozialismus. Der Staat gibt die Preise vor. Und da können wir ja eigentlich nur in den Abgrund rauschen und in die Planwirtschaft. Und jetzt will ich es vielleicht etwas ernsthafter euch fragen, der Staat greift ja in den letzten Jahren schon sehr stark in die Wirtschaft ein, hat man so den Eindruck. Also da wird was reguliert, da wird ein Preis garantiert, da wird was subventioniert, da wird eine Fabrik hochgezogen. Also so ganz hundertprozentig kann man es ja nicht von der Hand weisen, dass das irgendwann auch mal zu viel wird.

Sebastian Dullien:

Nee, sicher, da gibt's irgendeine Grenze. Aber die Frage ist ja, was ist der richtige Referenzrahmen. Und wenn man jetzt mal zurückguckt in die 1950er Jahre in Deutschland, da hat der Staat auch in sehr, sehr vielen Bereichen eingegriffen. Und wenn man sich anguckt, zum Beispiel wie lange der Wohnungsmarkt in Deutschland sehr, sehr stark bewirtschaftet worden war, das war Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg noch so. Wir haben auch sehr lange gewisse regionale, lokale Monopole, oft auch öffentliche, daneben gehabt, die zum Beispiel Versorgung mit Strom, Wasser oder auch Gas geleistet haben. Also diese Idee, zu sagen, wir hatten eigentlich immer eine super tolle Marktwirtschaft, wo der Staat gar nicht eingegriffen hat und jetzt die letzten 20 Jahre, da wird da irgendwie unverhältnismäßig eingegriffen, das ist sehr ahistorisch. Wer das sagt, hat nicht viel Ahnung davon, was da wirklich passiert.

Tom Krebs:

Mit dem Sozialismusvorwurf, das habe ich natürlich auch schon mal gehört. Aber ich glaube schon, dass man auch differenzieren muss. Die Kritik, dass es jetzt schon zu viele Staatseingriffe gibt, ist natürlich ein bisschen zu pauschal. Zu viel relativ zu was? Kann man ja auch immer sagen, wir nehmen als Referenzpunkt die 1960er und 1970er Jahre, wo das gesamte Staatsverständnis ein anderes war. Aber es ist schon richtig, und deswegen muss man differenzieren, dass Preiskontrollen, die sind ein ganz spezieller Eingriff, für Ökonomen oder Ökonomeninnen wirklich die schwierigste Art des Eingriffs in den Markt darstellt. Also krisenbedingte Transferzahlungen oder Stabilisierungsmaßnahmen im Grunde genommen, damit können sich die Ökonomen eigentlich häufig anfreunden. Externalitäten, dann noch mal vielleicht eine Steuer drauf, das ist üblich. Aber bei Preiskontrollen, das ist meine Erfahrung, da hört der Spaß auf. Warum eigentlich? Da muss man sich dann wirklich überlegen, was ist so ein bisschen in der Theorie wirklich der stärkste Eingriff.

Und das ist wahrscheinlich wirklich die Veränderung von relativen Preisen. Und übrigens, ich möchte auch drauf hinweisen, dass der Mindestlohn wahrscheinlich auch aus dem Grund immer so eine starke Oppositionsposition im Ökonomenlager hervorgerufen hat, für lange Jahre. Und eigentlich immer dargestellt wurde als ein extrem ineffizientes Instrument, das nur Arbeitslosigkeit schafft und am Ende niemanden hilft.

Aber offensichtlich, die Mindestlohnliteratur hat sich da jetzt auch schon ein bisschen weiter bewegt. Und genau das stelle ich jetzt auch fest bei den Vorschlägen zu Energiepreisbremsen oder Energiepreiskontrollen. Und das ist ja auch genau so, dass die Kommission am Ende, unter Mitwirkung der Ökonominen und Ökonomen, in der Gas- und Stromkommission es dann geschafft haben, am Ende eigentlich einen Vorschlag zu machen, auch für die größeren Stromkunden, der äquivalent ist zu Transferzahlungen auf einer gewissen Ebene. Weil sie eben gerade diese Veränderung von Preisen nicht wollten. Und jetzt kann man lange diskutieren, ist das jetzt wirklich eine Preisbremse oder nicht? Aber es ist ja schon bemerkenswert, dass fast alle, mit einer Ausnahme, der Ökonomen und Ökonominen der Kommission sehr viel Wert darauflegen, dass das keine Preiskontrolle und keine Preisbremse war.

Was ja schon recht lustig ist. Jetzt zu dem Argument, warum ich glaube, dass es angemessen ist, eine wirklich Preisbremse aktuell zu implementieren und zu verlängern. Ich glaube halt eben, dass da schon in 2022 der Strommarkt in einem gewissen Sinne überreagiert hat, weil es sehr viel endogen erzeugte Unsicherheit über zukünftige Preise im Markt gab. Und es eine große Risikoprämie dafür gibt, die endogen generiert wird, erzeugt im Markt. Und die dadurch den Strompreis im Markt über das hinausschießen lässt oder über das anhebt, was gesellschaftlich effizient wäre. Also es wäre für die Gesellschaft besser und für die Realwirtschaft besser, wenn der Staat den Preis senkt in diesen turbulenten Zeiten. Und ich habe ja auch schon gesagt, dass ich eben glaube, dass 2023, 2024 diese Krisenauswirkungen noch nicht abgeklungen sind im Strommarkt. Und deswegen ich auch plädiere dafür, dass wir weiter verlängern. Aber es ist wirklich essenziell, theoretisch auch so ein bisschen Diskussion, ob ich jetzt glaube, dass der Strommarkt in Krisenzeiten oder kurz nach Krisenzeiten effizient funktioniert und daher jedes Preissignal, das von der Börse kommt, eins zu eins an die Realwirtschaft weitergegeben werden soll?

Oder ob ich glaube, Börsen- und Finanzmärkte ineffizient sind in Krisenzeiten und auch überreagieren, und deswegen der Staat die Aufgabe hat, eine Bremse, eine wirkliche Bremse dort einzuschalten zwischen Börsenpreis und Realwirtschaft. Und das ist fundamental eigentlich die ökonomische Diskussion, die auch sehr interessant ist. Also glaube ich an die Literatur, in der Preisbewegungen und Preisvolatilität endogen erzeugt wird im Markt, teilweise gerade in Krisenzeiten? Glaube ich vielleicht sogar an die Sunspot-Literatur oder glaube ich nicht dran. Jetzt kann man sagen, das können wir doch alles empirisch überprüfen. Ja, dream on.

Marco Herack:

Wie ist denn das mit dem Thema Dauersubventionen? Also wir haben ja hier eine ziemlich lange Zeitschiene, die ja schon bis 2030, also das sind ja noch ein paar Jährchen, das Ganze festsurren würde. Und wenn man es dann mal drin hat, wird es ja, glaub ich, schon dem Staat wie auch den Unternehmen dann vielleicht schwerer fallen, dann zu sagen, so, jetzt endet es aber auch wirklich. Sondern man sucht dann eher nach Gründen, es weiterzuführen.

Sebastian Dullien:

Ich glaub, das ist ein Missverständnis. Genau wie bei der Gaspreisbremse und bei den Strompreisen, dass man da eine Entscheidung braucht, das hinterher auslaufen zu lassen. Die Logik ist ja die gleiche wie bei der Gaspreisbremse, die wir vergangenes Jahr hatten. Da ist gesagt worden, da gibt es einen Preis, der liegt über dem mittelfristigen und langfristigen Gleichgewicht. Und da oben deckeln wir das. Und wenn der Preis wieder darunterfällt, also wenn man Recht hat mit dieser Annahme, ist die Bremse noch in Kraft, aber kostet kein Geld. Und die gleiche Idee ist ja auch beim Brückenstrompreis hier oder bei der verlängerten Strompreisbremse. Man geht davon aus, dass dieser Preis dann irgendwie erreicht wird, mittel- und langfristig. Und wenn das passiert, dann liegt ja der Marktpreis unter dem, wo man es gedeckelt hat, oder wo man es gebremst hat, und dann kostet es nichts mehr. Dann hat es auch keine ökonomische Wirkung mehr, außer, dass es die Unsicherheit rausnimmt und Planungssicherheit schafft.

Tom Krebs:

Ja, das würde ich unterstreichen. Es geht ja eigentlich um eine Versicherung und Absicherung. Aber ich glaube, es gibt da noch so ein bisschen den anderen Punkt, dass 2030 natürlich noch einige Jahre sehr weit voraus ist, dazu müsste ich natürlich sagen, der Vorschlag wäre natürlich immer, dass man das immer evaluiert. Und möglicherweise dann auch modifiziert. Das heißt, man setzt nicht jetzt unbedingt fest, ohne Revision, dass bis 2030 der Strompreis dann bei, sagen wir, 8 Cent oder 6 Cent oder 10 Cent gedeckelt werden muss. Sondern man würde das dann immer kontinuierlich evaluieren. Und entsprechend vielleicht auch modifizieren. Kann man natürlich immer noch sagen, na ja, ich traue dem Staat aber nicht und der Kommission nicht und wird da nicht immer tendenziell zu lange versichert?

Da sieht man aber schon, dass das jetzt auch wieder genauso wie vorher eine etwas ideologische Debatte ist, die wir empirisch auch nicht lösen werden, glaub ich, am Ende, ob ich dem Staatswesen traue und ob ich eine Theorie habe, in der ich eine Wirtschaftspolitik entwickle, die wenigstens davon ausgeht, dass im Prinzip manchmal die Wirtschaftspolitik auch gut umgesetzt wird. Das ist ja schon so ein bisschen der Verdacht, so wie das dann auch gesagt wird, na ja, wird dann nicht dauersubventioniert? Das Ziel ist nicht die Dauersubvention. Das heißt, wenn ich dann sage, am Ende wird es dauersubventioniert, und dann heißt das eigentlich immer, dass ich dem Staat oder den demokratisch gewählten Vertretern des Staates eigentlich misstraue. Und das ist für mich dann immer ein bisschen eine schwierige Argumentation. Aber die kommt natürlich immer. Also das ist klar.

Und dann könnte man übrigens auch noch sagen, und selbst, wenn ich immer diese negative Sicht des Staates und einer Regierung und der Politik in Führungsstrichen, was immer das heißt, der Politik, habe, auch selbst, wenn ich diese negative Sicht habe, die ich nicht so teile, dann könnte man ja immer noch sagen, na ja, was sind die Kosten, wenn wir jetzt nicht handeln? Und was sind die Kosten von jetzt Handeln

und dann vielleicht eventuell etwas zu lange die Strompreisbremse zu lassen? Und dann würde ich immer noch tendenziell sagen, lass uns das jetzt lieber machen. Und wenn es dann tendenziell etwas länger subventioniert wird, dann wäre der Schaden auch nicht so groß.

Marco Herack:

Aber würde das denn nicht dazu führen, dass dann die Unternehmen, die da subventioniert werden, diesen Strukturwandel, den sie tun sollen und vollziehen sollen, aber Transformation nennen wir es ja, den dann eben auch mit voller Kraft zu gestalten und voranzutreiben und stattdessen sich da so ausruhen und sagen, ah, ich krieg ja mein Geld, was soll es? Wenn ich das richtig verstanden hab, gibt's ja nur für die energieintensiven Unternehmen eine Transformationsverpflichtung?

Sebastian Dullien:

Ja, ich glaub, man muss sich überhaupt mal fragen, was stellen wir uns vor dem Begriff Transformation? Also worum geht's hier? Da geht's ja darum, dass Unternehmen, die heute CO₂-intensiv produzieren, dass sie das so umstellen, dass das künftig nicht mehr so CO₂-intensiv ist. Und an der Stelle ist es gerade wichtig, dass die jetzt auch ein Signal bekommen, dass Strom planbare Kosten sind. Denn ganz viele der Dekarbonisierungsinvestitionen sind ja Elektrifizierungsinvestitionen. Das heißt, da höre ich auf, mit Gas zu produzieren und produziere stattdessen mit Strom. Und genau das ist dann ja schon ein Element. Also hier bekommen wir eigentlich einen Anreiz zu elektrifizieren, statt ... und das ist ja Teil der Transformation. Also von daher kann ich das überhaupt nicht verstehen, dass da jemand sagt, das behindert die Transformation.

Das Einzige, was ich mir vorstellen kann, ist, dass einige Leute sagen, ja, ja, ich stelle mir jetzt deutsche zukünftige Wirtschaft dekarbonisiert so vor, dass wir bestimmte Industrien einfach nicht mehr haben, die heute viel CO₂ ausstoßen. Da muss man sich fragen, das hatten wir eben schon, was passiert damit? Bedeutet das, dass wir keinen Stahl, kein Aluminium, kein Glas mehr verwenden? Wahrscheinlich ja nicht. Sondern dann wäre die Transformationsidee so was, wie Großbritannien gemacht hat. Dass sie die eigentliche Industrie zugemacht haben, und die dreckigen Sachen aus dem Ausland importieren. Das kann ja nicht nun wirklich nicht die Lösung sein.

Tom Krebs:

Das würde ich nochmals unterstreichen. Denn wir müssen uns wirklich fragen, was Transformation hier heißt. Transformation heißt immer Klimatransformation. Das heißt, eine Transformation hin zur Klimaneutralität. Also hauptsächlich jetzt. Das bedeutet aber wirklich eine Transformation hin zu einer Produktionsweise, die strombasiert ist oder wasserstoffbasiert. Das ist Transformation. Das heißt, ich möchte die Investition anreizen, die eine Produktionsanlage mit fossilen Energieträgern arbeitet, also Gas oder Öl, ersetzt durch eine Produktionsanlage, die strombasiert arbeitet. Das heißt, Klimainvestitionen sind hauptsächlich wirklich Investitionen in stromba-

sierte Produktion. Und insofern wird natürlich ein niedriger Strompreis diese Investitionen anreizen. Das ist immer so. Jetzt kann man natürlich sagen, na ja, es gibt noch den zusätzlichen Effekt, dass wenn der Strompreis zu niedrig ist, die Unternehmen für gegebene Investitionen und für gegebene Produktionsanlagen, die dann vielleicht schon strombasiert sind, den Strom verschwenden.

Dafür, denk ich aber, sind unsere Strompreise, selbst mit einer Strompreisbremse noch relativ hoch in Deutschland. Das heißt, dieser Trade-off wird nur effizient aufgelöst hin zum Investitionsanreiz, wenn ich wirklich den Marktpreis etwas reduziere durch die Strompreisbremse. Also es ist wirklich wichtig, sich zu überlegen, was heißt denn eigentlich Transformation für uns. Und wenn man sich dann wirklich vorstellt, dass am Ende die klimaneutrale Welt eine Welt ist, wo es Strom gibt und Wasserstoff. Nichts anderes. Das heißt, okay, niedriger Strom heißt Investitionen anreizen. Strompreis Entschuldigung.

Marco Herack:

Dann kommen wir zum letzten Punkt, der auch zu unserem letzten Thema überführt. Denn es gab so eine Randdiskussion, dass die Finanzierung des Ganzen ja eigentlich über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds, WSF nennt sich das Ding, laufen sollte, laufen könnte. Und das wäre definitiv aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich. Da gibt's auch ganz wilde Artikel beim „Tagesspiegel“, wie man da was gestalten und umschichten und sonst was machen könnte, also ein Riesenthema. Und ihr habt ein Rechtsgutachten, um es mal kurz zu machen. Sebastian wahrscheinlich weiter? Oder Tom?

Tom Krebs:

Vielleicht fang ich da mal an, weil ich sofort sagen würde, das ist keine Randdiskussion, das ist leider im politischen Raum die zentrale Diskussion. Und aus dem Grunde, wenn, es hört sich jetzt so technisch an, wir nehmen den Wirtschaftsstabilisierungsfonds oder ein anderes Vehikel, wo ist der große Unterschied? Wenn wir den Wirtschaftsstabilisierungsfonds nutzen zur Finanzierung einer verlängerten Strompreisbremse, dann müssten wir nicht woanders kürzen unter den Haushaltsregeln, die wir haben und unter der Finanzpolitik, die zurzeit am Bundesfinanzministerium betrieben wird. Wenn wir jetzt aber eine Alternative wählen, zum Beispiel wir den Klima- und Transformationsfonds, wie es auch jetzt kürzlich vorgeschlagen wurde, dann würde wirklich die Verlängerung der Strompreisbremse oder der Industriestrompreis in direkte Konkurrenz treten mit anderen Vorhaben der Bundesregierung.

Zum Beispiel mit dem Klimageld, das wir vielleicht auch einführen wollen oder andere Investitionen müssten gekürzt werden. Also darum geht es wirklich. Finanzierung über Wirtschaftsstabilisierungsfonds makroökonomisch sinnvoll, wir hätten jetzt keine Diskussion im politischen Raum, wo müssen wir kürzen. Finanzierung über

den Klima- und Transformationsfonds, wir werden eine schreckliche Diskussion haben, wo die Strompreisbremse oder der Industriestrompreis in Konkurrenz tritt mit dem Klimageld, mit anderen sozialen Projekten, so wird es diskutiert werden.

Das heißt, ich würde nur sagen, die Bundesregierung sollte wirklich sich sehr genau überlegen, ob sie eine andere Finanzierung nutzen möchte als den Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Ich sage immer, nur, wenn sie Selbstmordgedanken hat. Aber man weiß ja nie. Gut. Und jetzt, warum dieses juristische Argument? Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds wurde ja schon für die Strompreisbremse benutzt. Also insofern ist es nicht ganz klar, warum das nicht gehen sollte. Aber es wird immer angeführt, dass zurzeit am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Fall anhängig ist, der zurzeit noch diskutiert wird und wo das Urteil noch aussteht, der ähnlich gelagert ist wie diese Finanzierung über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds.

Das Problem mit diesem Argument ist, dass es so nicht stimmt. Zurzeit, der Fall, der anhängig ist in Karlsruhe, ist ein Fall, wo Gelder aus den Mitteln für die Unterstützung in der Corona-Krise genommen wurden, und in den Klima- und Transformationsfonds transformiert wurden. Also Corona-Gelder werden genutzt jetzt für die Klimatransformation. Und da könnte man natürlich argumentieren, dass da der Zweck umgewidmet wurde. Und das ist die Diskussion, wurde der Zweck umgewidmet? Wenn ich jetzt aber den Wirtschaftsstabilisierungsfonds nehme zur Finanzierung einer Vernennung der Strompreisbremse, da gibt's gar keine Umwidmung.

Das hatten wir ja vorher schon. Insofern kann man da höchstens argumentieren, in Bezug auf die Krise, dass dieser Bezug nicht mehr existiert. Und das wäre eine andere Diskussion. Aber zurzeit zu sagen, das ist jetzt wirklich ähnlich zu diesem Fall, den wir da in Karlsruhe diskutieren, ist absurd. Aber wird natürlich in der politischen Diskussion immer wieder so gemacht. Und dann gibt's noch, darüber kann Sebastian vielleicht sagen, ein Rechtsgutachten, das auch gesagt hat, dass eine Finanzierung über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds rechtskonform ist.

Sebastian Dullien:

Erst mal vorneweg, ich bin natürlich kein Jurist, ich bin Volkswirt. Das wisst ihr alle. Und andererseits, in dieser Debatte reden ganz viele Leute, behaupten immer, was alles verfassungswidrig sei, die alle keine Juristen sind. Von daher glaub ich schon, dass ich vielleicht in der Lage bin, zumindest jetzt juristische Gutachten zusammenzufassen. Und zwar, das ist in einem Auftrag von der befreundeten Stiftung „Arbeit und Umwelt“ der IGBCE in Auftrag gegeben worden bei der Kanzlei Becker Büttner Held. Die haben das einen Tag nach dem Gutachten von Tom zur Strompreisbremse veröffentlicht. Und die kommen sehr klar zu dem Ergebnis, dass, wenn der WSF rechtmäßig aufgesetzt worden ist, wovon wir jetzt einmal ausgehen, dann wäre auch diese Verwendung für diesen Zweck rechtmäßig.

Denn tatsächlich ist es so, das zeigen sie da, dieser hohe Strompreis ist eben etwas, was man als Notlage bezeichnen kann, weil die wirtschaftlichen Folgen so gravierend ist. Und der WSF ist genau deshalb jetzt genutzt worden und befüllt worden, um eben diese Notlage zu bekämpfen. Also selbst bei relativ strengen und engen Auslegungen dessen, was da im Grundgesetz steht, ist das sehr eindeutig, dass man das Geld dafür dann auch nutzen kann. Und von daher wundert mich eigentlich schon, was da in den Kommentarspalten einiger Zeitungen immer zu lesen ist. Denn das scheint mir jeglicher Grundlage zu entbehren, dass man sagt, das kann man nicht nutzen.

Tom Krebs:

Ja, und dieser Punkt ist eigentlich sehr wichtig, dieser juristische Punkt in der politischen Diskussion jetzt, der nicht nur juristisch ist, weil die ökonomischen Argumente, ob es nun endogene Preisunsicherheiten in Märkten gibt, finde ich sehr interessant und sehr wichtig. Aber am Ende ist jetzt zurzeit die Diskussion eine Diskussion der Finanzierung, wenigstens auch in Kreisen der Bundesregierung. Und wenn wir den Wirtschaftsstabilisierungsfonds nicht nutzen können, dann wird es sehr schwierig. Dann wird es vielleicht kommen, aber ich glaub, ein politisches Debakel werden. Weil wir dann wirklich viel mehr Geld in Industriestrompreise auslegen werden. Wenn wir aber den Wirtschaftsstabilisierungsfonds nehmen könnten, dann hätten wir eine ganz andere Diskussion. Insofern ist es wirklich ärgerlich, dass da sehr viele Dinge vermischt werden und es eigentlich nur ein juristisches Gutachten gibt, das genau natürlich das sagt, was ich versucht habe, ökonomisch zu sagen, dass es da noch nicht mal eine Mittelumwidmung gibt. Insofern, das hatte Sebastian gesagt, solange der Wirtschaftsstabilisierungsfonds natürlich von Anfang an rechtmäßig war, so lange in 2022 die Strom- und Gaspreisbremse rechtmäßig war, gibt es da eigentlich auch kein weitergehendes Problem. Und aus politischem Interesse werden da Sachen vermischt, die nicht vermischt werden sollten.

Sebastian Dullien:

Ja, ich meine, da werden ja zum Teil sehr merkwürdige Argumente eingebracht. Da wird dann gesagt, na ja, also der Krieg hat ja 2022 angefangen. Ja, dann gilt das natürlich nicht mehr für 2023 und 2024. Na ja, das ist ja völlig absurd. Die Folgen von dem Krieg, der weiter tobt, die sind ja nicht am 31. Dezember eines Haushaltsjahres dann vorbei. Aber zum Teil wird so argumentiert. Also das entbehrt jede ökonomische Grundlage und soweit ich sehe, auch, ja, juristischen Grundlagen. Denn normalerweise, so ein bisschen gesunder Menschenverstand wird ja auch von Juristen noch normalerweise angewandt und steht auch hinter Gesetzen.

Tom Krebs:

Wobei dieses Argument dieser Langfristigkeit der Krisenauswirkungen, das würde ich ja noch verstehen, also das ist ein Teil der Diskussion. Und ich könnte mir vorstellen, dass einige Juristen oder Juristinnen dann doch schon da vielleicht Bauchschmerzen haben. Aber es gibt ja noch diesen anderen Teil der Diskussion, diese

andere Dimension, die den anliegenden Fall in Karlsruhe vermischen mit dieser Diskussion. Und das find ich viel schlimmer, weil es ganz anders gelagerte Fälle sind. Das hat eine ziemliche Auswirkung.

Marco Herack:

Damit wären wir an dem Punkt dann am Ende der Sendung. Vielen Dank für das Gespräch, Sebastian Dullien.

Sebastian Dullien:

Danke Marco für die Moderation.

Marco Herack:

Und Tom Krebs, vielen Dank.

Tom Krebs:

Ja, ich bedanke mich für die Einladung.

Marco Herack:

Und an euch vielen Dank fürs Zuhören. Wenn ihr zu dem Podcast noch ein paar Gedanken habt, dann sendet sie uns: systemrelevant@boeckler.de ist die E-Mail-Adresse. Ihr könnt uns aber auch auf Twitter antickern: @boeckler_de. Und wir freuen uns natürlich, wenn wir uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr Twitter nutzt findet ihr Sebastian dort als @sdullien. Also Sebastian Dullien. Und Tom Krebs unter @tom_krebs. Euch vielen Dank fürs Zuhören. Eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Bis dann. Tschüss.

Tom Krebs:

Ja, Tschüss.